

MYTHOS NULLDEFIZIT

Über Sein und Schein in der aktuellen Budgetdebatte

Sparwut hat die Öffentlichkeit gepackt. Schuldenberge belasten die Vorstellungswelt breiter Kreise der Bevölkerung und verlangen nach Beseitigung. Selbst Oppositionsparteien wagen keinen Einspruch, fordern allenfalls vorsichtige Modifikationen an der Forderung, die Alltagskonsens geworden scheint: Dem Nulldefizit. Die Forderung erscheint als wirtschaftliche Selbstverständlichkeit, die alle politischen Kalküle in die Schranken weist.

Ökonomisch gesehen ist ein Nulldefizit kein Ziel, schon gar kein potenzielle verfassungsrechtliche Staatszielbestimmung!!!

- Staatsschulden sind ökonomisch nicht automatisch schlecht, sondern oft notwendig: Wenn die Privaten zu wenig ausgeben, muss der Staat einspringen. Investitionen sind Voraussetzung zukünftigen Wohlstands. Mit den derzeitigen Staatsschulden wurde Österreich zu einem der reichsten Länder der Welt. Mit dem geborgten Geld wurde gearbeitet - Bildung, Wohnbau, Verkehrsinfrastruktur, und vieles andere finanziert. Deshalb sollte die Rückzahlung auch von denen mitgetragen werden, die diese Vorteile in 20, 30 Jahren nutzen - in dem man heute Schulden aufnimmt, deren Bedienung von zukünftigen Generationen übernommen wird, legt man auch den Grundstein des Wohlstandes für künftige Generationen.
- Ein Staat muss kein ausgeglichenes Budget haben. Wichtig ist, was der Staat mit dem Budget macht - von wem er Einnahmen nimmt und wofür er Ausgaben tätigt. Budgets haben vor allem öffentliche Aufgaben zu erfüllen - Wohlfahrt, Verteilung, Infrastruktur etc. Nur daran ist eine Regierung zu messen - ein Nulldefizit ist kein Qualitätsmerkmal. Ob der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben positiv, negativ oder ausgeglichen ist, ist weit weniger wichtig, als dass die richtigen Maßnahmen für die Bevölkerung gesetzt werden.
- Wer beim Staatshaushalten nur auf den Saldenausgleich schaut, macht schlechte Budgetpolitik, weil er die Hauptaufgabe - gesamtwirtschaftliche Lenkung mittels Einnahmen und Ausgaben - vernachlässigt. Gute Budgetpolitik kann hohe Defizite bedeuten, und ein ausgeglichenes Budget kann Ergebnis einer desaströsen Budgetpolitik sein. Auf die aktuelle österreichische Regierung trifft letzteres zu.
- Für die Übernahme öffentlicher Aufgaben und die daraus oft entstehende Notwendigkeit, sich zu verschulden, ist der Staat bestens gerüstet. Anders als ein Privater muss der Staat seine Schulden de facto nie zurückzahlen - denn er hat "ewiges Leben". Er muss nur die laufenden Zinsen auf Staatsschulden zahlen, die Kreditsumme kann er immer wieder durch neue Kredite abdecken. Das ist ohne Probleme möglich, solange die Zinsen und die jährliche Neuverschuldung nicht schneller wachsen als die Steuereinnahmen.
- Im österreichischen Staatshaushalt gibt es viele Probleme, die weitaus gravierender sind als der negative Budgetsaldo. Es sind Defizite, die die Hauptaufgaben der Budgetpolitik betreffen:
 - ⇒ Es wird sehr wenig umverteilt, im Sozialbereich gibt es enorme Versorgungslücken;
 - ⇒ es wird kaum auf geschlechtsspezifische Problemlagen Rücksicht genommen;

- ⇒ die niedrige Vermögens- und Kapitalbesteuerung macht Österreich zu einem Steuerparadies für Unternehmen und Vermögen;
- ⇒ die Budgetprozesse sind sehr intransparent und demokratischer Partizipation weitgehend entzogen.

Die Maßnahmen der FP/VP-Regierung, die mit der Losung "Nulldefizit" gerechtfertigt werden, decken diese Probleme zu und verschärfen sie noch. Die Hauptaufgaben der Budgetpolitik werden zur Zeit aufs Größlichste zugunsten der Nebenbedingung Nulldefizit und Klientelpolitik vernachlässigt.

Warum ist der Regierung das Nulldefizit so wichtig?

Für die neue Bundesregierung ist das Nulldefizit das zentrale Vehikel, um ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Hinter der Forderung nach Beseitigung des Defizits steht der Wunsch der Regierung, bestimmte staatliche Aufgaben zu privatisieren oder überhaupt zu eliminieren. Statt sozialer Rechte sollen alle und alles nur nach dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzip funktionieren. Wer sich auf dem Markt nicht durchsetzen kann, soll nicht mehr vom Sozialstaat aufgefangen werden. Die Funktion des Sozialstaats soll wieder von der Familie übernommen werden. Mit der Aufwertung von Familienaufgaben wird unausgesprochen auf vermehrte unbezahlte Frauenarbeit gesetzt.

Alternative Budgetpolitik

Budgetpolitik ist Gesellschaftspolitik. Ihre Aufgabe ist gesamtgesellschaftliche Lenkung mittels Einnahmen und Ausgaben

Ausgabenseite: Ausgaben sollen sich auf die Verbesserung der Lebens- und Entwicklungschancen breiter gesellschaftlicher Gruppen konzentrieren, insbesondere jener, die durch andere Finanzierungsquellen (Arbeits- und Vermögenseinkommen) vernachlässigt werden.

Einnahmenseite: Die Finanzierung von gesellschaftlichen Freiräumen und öffentliche Abfederung der Folgen privaten Wirtschaftens sind vermehrt von jenen zu tragen, die von letzterem profitieren. Daraus folgt eine Erhöhung der Besteuerung von Ressourcenverbrauch, Besitz und Kapitaleinkommen.

Budgetprozess: Öffentliche Aufgaben wie Budgetpolitik grundsätzlich und die Verwaltung einzelner Aufgabengebiete (insbesondere der Sozialbereich) müssen demokratisiert werden. Alle budgetpolitischen Maßnahmen sind einer gesellschaftlichen und geschlechtsspezifischen Folgenabschätzung zu unterwerfen.

EU: Auf EU-Ebene muss gegen die ständige Verschärfung der Budgetkriterien eingetreten werden.

Zum Weiterlesen:

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM):

"Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs", 120 Seiten, 8,72 €.

Bestellungen an beigewum@iname.com, BEIGEWUM, Postfach 162, A-1015 Wien.

<http://www.beigewum.at>

**Ausgezeichnet mit dem Bruno Kreisky-Anerkennungspreis
für das politische Buch 2001**